

Themendossier

Demokratie – keine Selbstverständlichkeit!



Bildquelle: Monika Rybníčková

Hintergrundwissen



Inhalt

1.	Was bedeutet Demokratie.....	3
2.	Was mach Demokratie zu einer Demokratie?	6
3.	Warum ist Demokratie keine Selbstverständlichkeit?	9
4.	Wie lässt sich die Demokratie in der Schweiz für die Zukunft stärken? ...	12



1. Was bedeutet Demokratie

Beim Lesen des Wortes «Demokratie» denken wohl die meisten zuerst an eine Staats- und Regierungsform. Das ist naheliegend, denn schon im antiken Athen bezeichnete «Demokratie» eine besondere Form der Herrschaft. Der Begriff stammt aus dem Griechischen, wobei «demos» Volk und «kratos» Macht bedeutet. Eine sehr prominente Definition stammt etwa vom früheren US-Präsident Abraham Lincoln (1863), der Demokratie als «Government of the people, by the people, for the people» definierte. Demnach ist Demokratie eine Regierungsform, die vom Volk ausgeht, durch das Volk gestaltet wird und für das Volk da ist.

«Wahlen allein
machen noch
keine Demokratie»
Barack Obama (2009)

Je genauer man sich jedoch mit dem Begriff «**Demokratie**» beschäftigt, desto deutlicher wird: Es gibt weder eine allgemeingültige Definition noch eine universell akzeptierte Theorie dazu. Kein Wunder! Demokratie wurde in der Geschichte mehr als einmal «neu erfunden» und hat deshalb viele verschiedene Gesichter. Schon vor über 4000 Jahren hielten Menschen in Mesopotamien Bürgerversammlungen ab. Später gab es ähnliche Formen auch auf dem indischen Subkontinent. Beschreibt man heutige demokratische **Regierungsformen**, begegnet man vor allem der Unterscheidung zwischen einer direkten Demokratie und einer repräsentativen Demokratie.

Direkte Demokratie

Eine reine direkte Demokratie gibt es auf Staatsebene heute nirgends. In ihrer Idealform würde die gesamte Stimmbevölkerung das Parlament ersetzen und direkt über Gesetze und Verfassungsänderungen entscheiden – ohne zwischengeschaltete Volksvertreter/innen. Am nächsten kommen dieser Form die beiden Landsgemeinde-Kantone, Glarus und Appenzell Innerrhoden, sowie die Gemeindeversammlungen.



Bildquelle: Glarner Landsgemeinde by Marc Schlumpf

Repräsentative Demokratie

Die meisten Staaten der Welt haben eine **repräsentative Demokratie**. Die Stimmbevölkerung wählt Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die sie im Gesetzgebungsprozess vertreten. Innerhalb dieser Form gibt es zwei wichtige Varianten – das parlamentarische und das präsidentielle Regierungssystem.

Parlamentarisches Regierungssystem

Die Regierung wird nicht direkt vom Volk gewählt, sondern vom Parlament bestimmt. Sie benötigt das Vertrauen der Parlamentsmehrheit und kann bei einem Misstrauensvotum abgesetzt werden.

Beispiele: Deutschland, Italien, Österreich

Präsidentielles Regierungssystem

Sowohl das Parlament als auch die Präsidentin oder der Präsident werden direkt vom Volk gewählt. Beide sind dem Volk gegenüber verantwortlich. Die Amtszeit der Präsidentin/des Präsidenten ist verfassungsmässig begrenzt. Eine Absetzung durch das Parlament ist nicht möglich – ebenso kann die Präsidentin/der Präsident das Parlament nicht auflösen.

Beispiel: USA

Demokratie ist mehr als eine Regierungsform

Für das heutige europäische und angelsächsische Verständnis der Demokratie spielte die **Aufklärung** eine Schlüsselrolle. Sie rückte das Individuum und seine Vernunft in den Mittelpunkt. Philosophen wie Immanuel Kant, John Locke, Baron de Montesquieu und Jean-Jacques Rousseau entwickelten in dieser Zeit Ideen, die wir bis heute eng mit Demokratie verbinden: Freiheit, individuelle Rechte, Gewaltenteilung und die grundlegende Überzeugung, dass alle Menschen den gleichen Wert haben. Diese Ideen entwickelten sich zu Institutionen, Prozessen und gelebten Prinzipien und Werten weiter, die das Zusammenleben in sämtlichen Bereichen massgeblich prägen.

Die halbdirekte Demokratie der Schweiz

Das politische System der Schweiz zeichnet sich durch das Zusammenspiel von **direkter** und **repräsentativer Demokratie** aus. Mit der Einführung des **Referendums** (1874) und der **Volksinitiative** (1891) erhielten die Bürgerinnen und Bürger (zu jenem Zeitpunkt nur die Bürger) auf nationaler Ebene direkte Mitbestimmungsrechte. Heute finden in der Schweiz weltweit am meisten Volksabstimmungen statt.

Zum Kern des Schweizer Demokratieverständnisses gehört ausserdem der **Föderalismus**. Die föderalen Strukturen sorgen dafür, dass staatliche Macht nicht an einer zentralen Stelle gebündelt wird. In Ausnahmesituationen kann diese Machtverteilung jedoch eingeschränkt werden, nämlich dann, wenn der Bundesrat auf das **Notrecht** zurückgreift.

Das Parlament besteht aus zwei Kammern: dem **Nationalrat** und dem **Ständerat**. Während der Nationalrat die Vertretung der **Bevölkerung** darstellt, vertritt der Ständerat die Interessen der **Kantone**. Die Regierung, das heisst der **Bundesrat**, setzt sich im Gegensatz zu vielen anderen Ländern nicht aus einer bei den Wahlen siegreiche Regierungspartei oder Regierungskoalition zusammen. Stattdessen gilt seit Jahrzehnten die sogenannte **«Zauberformel»**: Die sieben Bundesratssitze werden proportional an die stärksten Parteien vergeben. Ziel ist es, extreme politische Richtungswechsel zu vermeiden und so Stabilität zu sichern.

Allerdings ist diese Formel teilweise umstritten, vor allem wenn die Zusammensetzung des Bundesrats nicht die aktuellen Kräfteverhältnisse im Parlament widerspiegelt.

Der Bundesrat selbst arbeitet nach dem **Kollegialitätsprinzip**: Entscheidungen werden gemeinsam getragen, und das **Präsidialamt** wechselt jedes Jahr. Dieses Amt ist vor allem mit repräsentativen Aufgaben verbunden, bringt jedoch nicht mehr Macht («primus inter pares»).

Die Kombination dieser institutionellen Elemente macht die Schweiz im internationalen Vergleich zu einem Prototyp einer sogenannten **Konsensdemokratie**. Das bedeutet, dass die Politik insgesamt stark auf Verhandlung und Kompromiss ausgerichtet ist. Dies im Gegensatz zu **Mehrheitsdemokratien**, in denen die politische Macht viel stärker zentral gebündelt wird (z.B. UK).

Quellen

Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.): Das junge Politik-Lexikon, abgerufen unter: www.bpb.de, Stand: 11.08.2025.

Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.): Das Politiklexikon. Repräsentative Demokratie, abgerufen unter: www.bpb.de, Stand: 11.08.2025.

Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.): Das Politiklexikon. Parlamentarisches Regierungssystem, abgerufen unter: www.bpb.de, Stand: 11.08.2025.

Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.): Das Politiklexikon. Präsidentielles Regierungssystem, abgerufen unter: www.bpb.de, Stand: 11.08.2025.

Demokratiezentrum Wien (2025): Demokratiemodelle, abgerufen unter: www.demokratiezentrum.org, Stand: 11.08.2025.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [EDA] (2023): Direkte Demokratie, abgerufen unter: www.aboutswitzerland.eda.admin.ch, Stand: 11.08.2025.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [EDA] (2024): Politisches System, abgerufen unter: www.aboutswitzerland.eda.admin.ch, Stand: 11.08.2025.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [EDA] (2025): Leitlinien Demokratie 2025-2028, abgerufen unter: www.eda.admin.ch, Stand: 11.08.2025.

Etica Economia (2009): Europa e Politica Internazionale. Il discorso di Obama al Cairo, abgerufen unter: www.eticaeconomia.it, Stand: 12.11.2025.

Swissinfo [SWI] (o.J.): Das politische System der Schweiz, abgerufen unter: www.swissinfo.ch, Stand: 11.08.2025.

2. Was macht eine Demokratie zu einer Demokratie?

Die meisten von uns assoziieren wohl Demokratie mit Begriffen wie Freiheit, Gleichheit, Gewaltenteilung oder Partizipation. In einer Klasse würden wahrscheinlich noch weitere Begriffe dazukommen, denn jede und jeder hat ein persönlich gefärbtes Bild, was eine Demokratie ausmacht und nach welchen demokratischen Werten und Prinzipien man leben möchte.

Auch in der Wissenschaft herrscht keine Einigkeit darüber, wie eine Demokratie definiert werden sollte. Gleichwohl gibt es bestimmte Institutionen, Prozesse, Werte und Prinzipien, die fast immer genannt werden, wenn es um Demokratie geht. Laut der «Leitlinie Demokratie 2025–2028» des Bundes gehören dazu zum Beispiel transparente, glaubwürdige und freie Wahlen, die Meinungsäusserungsfreiheit, der Schutz von Minderheiten, eine für alle zugängliche Justiz und unabhängige Gerichte (Rechtsstaatlichkeit), die Aufteilung staatlicher Macht auf Exekutive, Legislative und Judikative (Gewaltenteilung) und deren gegenseitige Kontrolle. Ein weiteres zentrales Element ist die Partizipation: Demokratien geben den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre politische Zukunft aktiv mitzugestalten.

Wie bereits das vorhergehende Kapitel gezeigt hat, gibt es aber verschiedene Spielarten von Demokratie, wobei nicht eine klar besser als die andere ist, sondern je ihre spezifischen Vorteile hat. Beispielsweise hat eine (halb-)direkte Demokratie ihre Stärke beim direkten Einbezug der Bürgerinnen und Bürger. Auf der anderen Seite hingegen, verlieren Wahlen an Wichtigkeit – etwa im Gegensatz zu parlamentarischen Demokratien, in denen die Bürgerinnen und Bürger dafür bei Wahlen Regierungen abwählen können, wenn sie nicht mit der Politik einverstanden sind.

Je nach Quelle werden noch weitere Grundprinzipien der Demokratie genannt, die zur Diskussion stehen:

- **Gleichheit**
In einer Demokratie müssen alle Bürgerinnen und Bürger gleich behandelt werden, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung. Das bedeutet auch, dass sie vor dem Gesetz gleich sind – von Staatsoberhäuptern bis zu Polizistinnen und Polizisten. Alle haben die gleichen Rechte und Pflichten.
- **Rechenschaftspflicht**
Politikerinnen und Politiker werden in einer repräsentativen Demokratie vom Volk gewählt und müssen dem Volk gegenüber Rechenschaft ablegen. Das heisst, sie sollen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger handeln und dürfen ihre Macht nicht missbrauchen.
- **Politische Toleranz und Akzeptanz**
Auch wenn Demokratie im Kern auf die Herrschaft der Mehrheit hinausläuft, darf die Minderheit nicht vergessen werden. Sie soll gehört und respektiert werden, denn Demokratie lebt von Offenheit und verschiedenen Meinungen. Wahlniederlagen dürfen das Engagement, sich politisch einzubringen, nicht schmälern. In einem präsidentiellen Regierungssystem gehört zudem die friedliche Übergabe der Macht nach einer Wahl zum demokratischen Prozess.
- **Solidarität**
Das Prinzip der Solidarität steht bereits seit 1848 in der Schweizer Bundesverfassung und beruht vor allem auf einer gegenseitigen Hilfeleistung. Solidarische Unterstützung kann zivilgesellschaftlich organisiert sein, zum Beispiel durch Hilfsorganisationen, oder vom Staat, etwa durch Sozialversicherungen wie die AHV oder Sozialhilfe.

- **Einbezug der Nachhaltigkeit**

Angesichts der drängenden ökologischen Krisen wird zunehmend diskutiert, Demokratie nicht nur sozial, sondern auch ökologisch zu denken. So fordern Stimmen, «gesellschaftliche Naturverhältnisse zu demokratisieren» (Beil, 2019). Impulse dafür gibt etwa die Verfassung von Kolumbien: Das kolumbianische Verfassungsgericht verlieh beispielsweise dem Rio Atrato als einem der ersten Flüsse weltweit den Status eines Rechtssubjekts (vgl. Themendossier «Zusammenleben gemeinsam gestalten», Kapitel 2). Derzeit lassen jedoch wachsende autoritäre Tendenzen wenig Hoffnung auf eine Vertiefung der Demokratie im Sinne eines stärkeren ökologischen Einbezugs. «Daraus sollte aber nicht Resignation folgen, sondern vielmehr eine verstärkte Bündnisarbeit mit all jenen Akteuren und gesellschaftlichen Gruppen, die um ein gutes Leben für alle kämpfen» (Beil, 2019).

Exkurs: Unabhängige Medien

«Medien sind sehr wichtig für eine funktionierende Demokratie, gerade in der Schweiz mit ihrem direktdemokratischen System, wo wir über Sachfragen abstimmen»

Daniel Vogler (2025)

Damit eine Demokratie funktioniert, müssen sämtliche Bürgerinnen und Bürger gut informiert sein. Nur so können sie sich zu politischen Themen eine eigene, fundierte Meinung bilden und Visionen entwickeln, wie sie die Zukunft mitgestalten wollen. Medien können diese wichtigen Informationen liefern. Zudem bieten sie Politikerinnen und Politiker, Regierungen, Nichtregierungs-organisationen, Unternehmen und anderen Gruppen eine Plattform, um ihre Anliegen und Sichtweisen in der Öffentlichkeit zu äussern.

Journalismus bedeutet aber nicht nur, Informationen weiterzugeben. Er sorgt auch dafür, dass wichtige Themen ins Bewusstsein der Menschen gelangen oder auf die politische Agenda kommen.

Die Medien nehmen im politischen Gefüge also eine relevante Rolle ein und tragen zum Funktionieren einer Demokratie bei. Daher werden sie auch als **«vierte Gewalt»** neben Parlament (Legislative), Regierung (Exekutive) und Gerichten (Judikative) bezeichnet.

Unabhängiger Qualitätsjournalismus erfüllt zudem eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber den Institutionen einer Demokratie.

Obwohl der Schweizer Journalismus für das, was er tut, insgesamt gute bis sehr gute Bewertungen erhält, warnt **Daniel Vogler**, Forschungsleiter am Forschungszentrum für Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög), vor **zwei Herausforderungen**.

- **Erstens:** In der Schweiz drohen weitere **Sparmassnahmen** in der Medienlandschaft, was besonders den Lokaljournalismus schwächt. Gerade auf Gemeinde- und Kantonsebene fallen wichtige Entscheidungen, die die Menschen direkt betreffen (z. B. Steuern oder Schulhausbau). Deshalb sind unabhängige Medien auch auf lokaler Ebene unverzichtbar. Sparmassnahmen können ausserdem zu einer Medienkonzentration führen – also weniger Vielfalt und mehr Macht bei wenigen Anbietern. Das kann die Meinungsbildung und damit die Demokratie gefährden.

- **Zweitens:** Herausfordernd für die Medien sind die **Menschen selbst:** Laut Vogler beschäftigen sich 48% der Erwachsenen in der Schweiz kaum mit Nachrichten («newsdepriviert»). Das ist gefährlich für die Demokratie, weil diese Menschen seltener an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen und weniger Vertrauen in politische Institutionen haben. Ausserdem beziehen Jugendliche und junge Erwachsene häufig ihre Informationen via subjektive Meinungsäusserungen in Social Media, was das Potential von «Fake News» erhöht.

Warum viel weniger Nachrichten konsumiert werden, sei wissenschaftlich schwer zu erklären. Es gäbe aber Vermutungen, dass Nachrichten oft als negativ wahrgenommen werden oder von spannenderen Angeboten wie Streaming oder Games verdrängt werden.

Auch wenn hier einige zentrale Punkte einer Demokratie beschrieben wurden, ist diese Liste weder vollständig noch allgemein gültig.

Deutlich wird jedoch: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, das zeigt auch ein Blick in die vergangenen Jahrhunderte.

Quellen

Banz, Esther (2025): «Das System braucht eine gut informierte Bevölkerung», *moneta* (2025/2), S.10-11.

Beil, Christopher (2019): Sozial-ökologische Demokratie? Die doppelte Herausforderung von Demokratie und Ökologie in der Transformation, abgerufen unter: www.momentum-kongress.org, Stand: 21.08.2025.

Bundesamt für Sozialversicherungen [BSV] (2017): Gegenseitigkeit, Subsidiarität und Solidarität, abgerufen unter: www.geschichtedersozialensicherheit.ch, Stand: 12.08.2025.

Day, Jonathan (2022): Demokratie und Gerechtigkeit. 14 Grundprinzipien der Demokratie, abgerufen unter: www.liberties.eu, Stand: 12.08.2025.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [EDA] (2025): Leitlinien Demokratie 2025-2028, abgerufen unter: www.eda.admin.ch, Stand: 11.08.2025.

3. Warum ist Demokratie keine Selbstverständlichkeit?

Demokratie erlebt seit jeher Phasen des Erstarkens, aber auch Gegenreaktionen durch antidemokratische Kräfte. Ein Blick ins 19. und 20. Jahrhundert zeigt das deutlich.

Eine Demokratiewelle begann im 19. Jahrhundert in den USA und Westeuropa und dauerte bis in die 1920er Jahre.

In dieser Zeit festigte sich die Demokratie einerseits qualitativ, andererseits wuchs die Zahl der Demokratien stark. 1910 gab es weltweit sechs Demokratien. Nach dem Ersten Weltkrieg stieg ihre Zahl auf 31 – vor allem in Europa durch die Gründung neuer Staaten, die aus dem Zerfall der Donaumonarchie, des Deutschen Kaiserreichs und des Zarenreichs entstanden. Aber auch in Übersee fanden Regimewechsel statt, zum Beispiel in Japan, Argentinien, Chile, Kolumbien, Uruguay und den gerade unabhängig gewordenen Staaten des ehemals britischen Empires.

Nach dieser Demokratisierungswelle folgte eine autokratische Gegenbewegung, die 1922 mit Benito Mussolinis Marsch auf Rom einsetzte und über den Zweiten Weltkrieg hinweg dauerte. Während dieser autoritären Phase blieben in Europa nur Grossbritannien, Irland, Schweden, Island, Finnland und die Schweiz demokratisch.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann eine weitere Demokratisierungswelle. Italien, Deutschland, Österreich und Japan wurden von den alliierten Siegermächten besetzt. Ihre Demokratie wurde vor allem von den USA in die Wege geleitet und überwacht. Andere Länder bauten ihre Demokratien wieder auf oder führten sie erstmals ein. Doch die Erfolge dieser Welle waren nur von kurzer Dauer, lediglich 17 von 31 Demokratien erlitten keine Rückfälle.

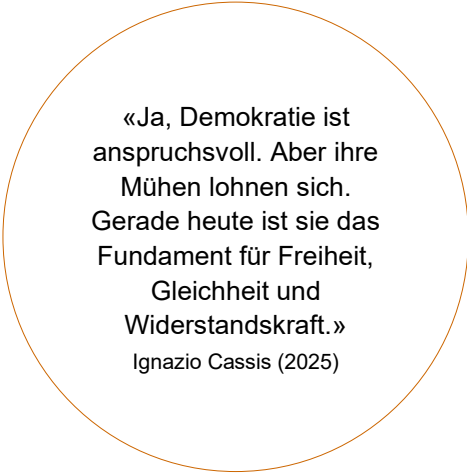
Ab Mitte der 1970er Jahre begann die bisher letzte Demokratisierungswelle (1974-1991). Spanien und Portugal befreiten sich von autoritären Regimen aus der Zwischenkriegszeit, und Griechenland löste seine Militärdiktatur auf. Den Höhepunkt erreichte diese Welle nach dem Zerfall der Sowjetunion und stoppte Mitte der 1990er Jahre. Bis 2004 lebte eine knappe Mehrheit von 51 Prozent der Weltbevölkerung in einer Demokratie.

Wo stehen wir heute?

Beim Lesen von Newsportalen oder Zeitungen stösst man heute häufig Schlagzeilen wie «Demokratie unter Druck», «Populistische Parteien auf dem Vormarsch» oder «Der Aufstieg der Autokraten». Sind solche Schlagzeilen einfach ein Schreckgespenst, das uns umso bedrohlicher wirkt, je mehr wir davon lesen? Oder steckt dahinter tatsächlich ein weltweiter Wandel, der ernst zu nehmen ist?

Eine der ältesten Organisationen, die den Zustand von Freiheit und Demokratie untersucht, ist die Nichtregierungsorganisation «Freedom House». Diese setzt sich seit 1941 für Freiheit und Demokratie ein. Laut ihrem aktuellen Bericht von 2025 hat die globale Freiheit in den letzten 19 Jahren kontinuierlich abgenommen.

Ähnliche Ergebnisse liefert das Institut «Varieties of Democracy» (V-Dem) an der Universität Göteborg. In ihrem



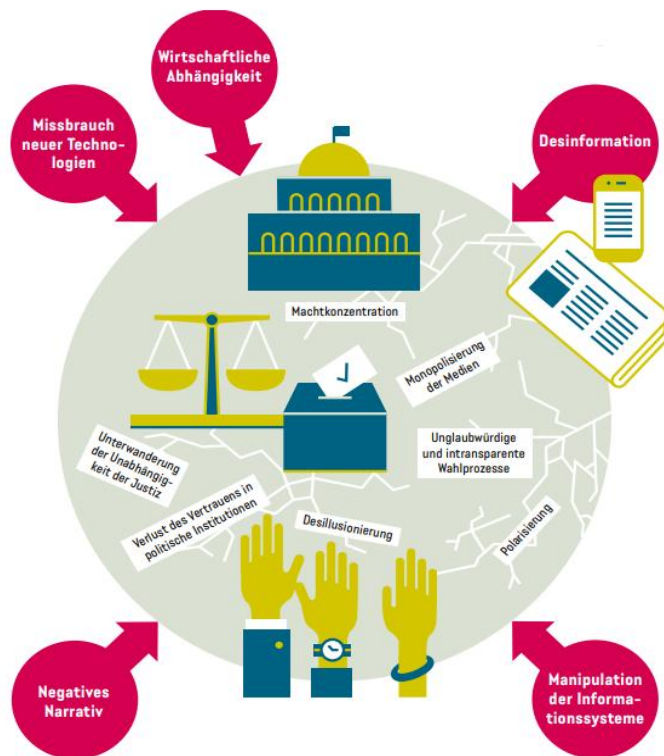
«Ja, Demokratie ist anspruchsvoll. Aber ihre Mühen lohnen sich. Gerade heute ist sie das Fundament für Freiheit, Gleichheit und Widerstandskraft.»
Ignazio Cassis (2025)

Bericht steht, dass es 2024 erstmals seit über 20 Jahren weltweit mehr autokratische Staaten (91) als demokratische Länder (88) gibt.

Die Lage wird noch deutlicher, wenn man die Bevölkerung betrachtet: 72% der gesamten Weltbevölkerung leben in autokratischen Regimen, nur 28% in Demokratien. Das bedeutet, dass mit knapp 6 Milliarden Menschen so viele wie nie zuvor in Autokratien leben.

Gerade bevölkerungsreiche und wirtschaftlich bedeutende Länder treiben die weltweite Welle der Autokratisierung voran. Sie beeinflussen nicht nur ihre Nachbarländer, sondern auch internationale Organisationen und den Welthandel. Trotz dieser Entwicklung betont der Harvard-Professor und Demokratieexperte Steven Levitsky: «Autoritarismus ist immer umkehrbar» (Glatthard, 2025).

Dafür braucht es eine starke Zivilgesellschaft, die demokratische Errungenschaften verteidigt und Politikerinnen und Politiker wählt, die die Demokratie schützen oder andere Politiker/innen zur Rechenschaft auffordert, wenn sie die Demokratie eben nicht mehr schützen



Bildquelle: Demokratien stehen von innen und aussen unter Druck (EDA, 2025)

«Momentaufnahme eines kontinuierlichen Entwicklungsprozesses» (EDA, 2025). Dieser ist geprägt von gesellschaftlichen Aushandlungen darüber, was Demokratie ist und wie sie sein sollte.

Das anschliessende Kapitel widmet sich solchen Aushandlungsprozessen, mit dem Ziel, Impulse zu geben, wie die Demokratie in der Schweiz für die Zukunft gestärkt werden könnte.

Umgekehrt geraten Demokratien vor allem dann unter Druck, wenn wesentliche und wachsende Teile der Bevölkerung bezweifeln, dass demokratische Regierungen grosse Herausforderungen – von Migration bis Klimawandel – erfolgreich meistern können. Ein solches Umfeld ist fruchtbarer Boden für autokratische oder illiberale Parteien und Regierungen, um Wahlen zu gewinnen und demokratische Strukturen schrittweise abzubauen. Demokratie und das Vertrauen in die Regierungen gehen somit Hand in Hand, ebenso der Verlust von Demokratie und der Verlust von Vertrauen in staatliche Institutionen (EDA, 2025).

Dieser historische Blick und der Blick auf aktuelle Tendenzen zeigt: Demokratie ist weder ein abgeschlossener Prozess noch eine Selbstverständlichkeit, sondern eine

Quellen

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [EDA] (2025): Leitlinien Demokratie 2025-2028, abgerufen unter: www.eda.admin.ch, Stand: 11.08.2025.

Freedom House (2025): Freedom in the world 2025. The Uphill Battle to Safeguard Rights, abgerufen unter: www.freedomhouse.org, Stand: 11.08.2025.

Glatthard, Jonas (2025): Demokratie unter Druck. Die Demokratie in den USA steht unter Beschuss – das ist Teil eines weltweiten Trends, abgerufen unter: www.srf.ch, Stand: 11.08.2025.

Hamilton-Irvine, Bettina (2025): Der Aufstieg der Autokraten im demokratischen Mantel, abgerufen unter: www.republik.ch, Stand: 11.08.2025.

Pleins, Heiko (2015): Demokratische Transformationen im Europa des 20. Jahrhunderts, abgerufen unter: www.forschungsstelle.uni-bremen.de, Stand: 04.08.2025.

Schmitt, Karl (2022). Demokratisierung, abgerufen unter: www.herder.de, Stand: 11.08.2025.

V-DEM Institute (2025): Democracy Report 2025. 25 Years of Autocratization – Democracy Trumped?, abgerufen unter: www.v-dem.net, Stand: 11.08.2025.



4. Wie lässt sich die Demokratie in der Schweiz für die Zukunft stärken?

Das politische System der Schweiz gilt in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger weiterhin als Erfolgsgeschichte. Laut der Befragung «Wie geht's Schweiz?» (2024) werden insbesondere die direktdemokratischen Elemente und die Rolle der Medien als wichtige Korrektive positiv bewertet. Auch international wird die Schweiz häufig als Vorzeigebispiel für direkte Demokratie genannt. Tatsächlich hat sich die Schweizer Demokratie seit der Verfassung von 1848 schrittweise weiterentwickelt, und dies ohne gewaltsame Umstürze. In einer Welt, in der viele Demokratien nach Jahrzehnten des Aufstiegs wieder unter Druck geraten, erscheint das Schweizer Modell als stabiler Lichtblick.

Doch wie der Schweizer Politologe Adrian Vatter betont, ist auch die Schweiz nicht völlig immun gegen Entwicklungen, die die demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft gefährden könnten. Es ist also an der Zeit, der Frage nachzugehen, wie sich die Demokratie in der Schweiz für die Zukunft stärken lässt.

Debattieren im Unterricht – Meinungsbildung fördern

Im Folgenden werden vier Reformfelder skizziert, die zum Gegenstand von Diskussionen und Debatten in der Schulklasse gemacht werden können (Zyklus 3 / SekII). Schülerinnen, Schüler und Lernende suchen nach Pro- und Contra-Argumenten und bilden sich im Anschluss ihre eigene Meinung, die sie im Rahmen einer Abstimmung zum Ausdruck bringen können.

1) Politische Beteiligung

Damit eine Demokratie stark und funktionsfähig bleibt, braucht es die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Geschehen. Laut dem Bundesamt für Statistik hat sich der Abwärtstrend bei der Beteiligung an eidgenössischen Volksabstimmungen aus dem letzten Jahrhundert nicht fortgesetzt. Im Gegenteil: Die durchschnittliche Stimmbeteiligung ist im 21. Jahrhundert sogar leicht gestiegen und liegt nun bei rund 46% (BFS, 2024). Trotz dieser Entwicklung nimmt gleichwohl weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten ihr Wahl- und Stimmrecht wahr, weshalb sich die Frage aufdrängt: Wie viel Wahlbeteiligung braucht es für eine starke Demokratie und ist eine niedrige Wahlbeteiligung ein Zeichen von schlechter Demokratie?

Der Comedian und Politikwissenschaftler Michael Elsner begegnet dieser Frage mit einem spannenden Zahlenspiel:

Ein Siebtel bestimmt für das ganze Land – ist das demokratisch?

«In der Schweiz leben rund neun Millionen Menschen. Von diesen sind 5.6 Millionen stimmberechtigt. Wenn davon 45 Prozent zur Urne gehen (durchschnittliche Stimmbeteiligung), dann bleiben noch 2.6 Millionen Stimmberechtigte, die über eine Vorlage entscheiden. Für ein Ja oder Nein genügen dann 1.3 Millionen, die über eine Vorlage entscheiden. Diese sind die sogenannte Mehrheit. Wir leben in einem System, in dem 14 Prozent über uns alle bestimmen. Das ist ein Siebtel.», so Elsner (Gmünder, 2025)

Die Politologin Isabelle Stadelmann-Steffen ordnet es folgendermassen ein: «Wir wissen aus der Forschung, dass es nicht immer die gleichen Leute sind, die nicht abstimmen, es sind immer wieder andere» (Spörri, 2024). Das bedeutet auch, dass über einen Zeitraum von ein paar Jahren gesehen die grosse Mehrheit der Stimmberechtigten mindestens einmal an einer Wahl oder einer Abstimmung teilnimmt. Weiter gibt es laut Stadelmann-Steffen systemische Gründe, warum die Beteiligung in der Schweiz eher tief ist. Einer ist die direkte Demokratie. Wahlen seien deshalb weniger relevant, weshalb

auch die Beteiligung dort tiefer sei. Zweitens gäbe es enorm viele Beteiligungsmöglichkeiten, da sei es gut nachvollziehbar, dass viele nicht jedes Mal an die Urne gehen. Drittens könne auch das hohe politische Vertrauen in der Schweiz ein Grund sein, warum manche keine Notwendigkeit sehen, an die Urne zu gehen.

Dennoch, Fragen rund um die politische Beteiligung und wer das Recht zur Beteiligung hat, begleiten die Schweizer Demokratie seit ihrer Gründung.

Als die moderne Schweiz entstand, durften nur Schweizer Männer ab 20 Jahren wählen und abstimmen. Effektiv «stimmfähig» war damit aber nur rund ein Viertel der Bevölkerung – die Schweiz war zu Beginn also höchstens eine «Viertel-Demokratie» (Kuenzi & Glatthard, 2020). Frauen, Armengekössige, Bankrotteure, Gefändete, verurteilte Straftäter, Zwangsversorgte, Geistesranke, Geisteschwache und sogenannte Sittenlose – die Bezeichnungen stammen aus dem Amtsdeutsch der damaligen Zeit – wurden systematisch ausgeschlossen.

Ein entscheidender Meilenstein war 1971 die Einführung des Frauenstimmrechts – als eines der letzten europäischen Länder ein längst überfälliger Entscheid.

«Die Schweiz ist sehr stolz auf ihre direkte Demokratie und dass scheinbar alle mitwirken können. Für ein Viertel der Wohnbevölkerung gilt das aber nicht, und das ist mehr als ein Schönheitsfehler»
Daniel Kübler (2025)

Doch der Beteiligungsprozess ist damit nicht abgeschlossen. So fordert etwa die zivilgesellschaftliche Bewegung «Aktion-Viertel» mit ihrer Demokratie-Initiative, dass alle Menschen, die seit fünf Jahren in der Schweiz leben, ein Recht auf Einbürgerung erhalten sollen, um auch auf Bundesebene politisch mitbestimmen zu können. Auch der Einbezug Jugendlicher ins politische System bleibt ein Thema: Eine Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre wurde zwar wiederholt diskutiert, zuletzt jedoch im Frühjahr 2024 auf nationaler Ebene verworfen. Damit bleibt der Kanton Glarus vorerst der einzige Kanton mit Stimmrechtsalter 16.

Debattieren Sie in der Klasse und stimmen Sie ab!

Sollen Massnahmen ergriffen werden (z. B. Stimmrechtsalter 16 oder Ausländer/innenstimmrecht), um eine breite politische Beteiligung sicher zu stellen?

Ja

Nein

2) Demokratie und Digitalisierung

Der digitale Strukturwandel macht auch vor der Demokratie nicht halt. Er erleichtert die Teilnahme am öffentlichen Geschehen, schafft neue Möglichkeiten der öffentlichen Diskussion und beeinflusst den politischen Meinungsbildungsprozess. Gesellschaft und Politik sind aber nicht nur Nutzniesserinnen dieser Entwicklung, sie werden von ihr auch beeinflusst.

Soziale Medien und Meinungsbildung

Aktuell spielen soziale Medien für die politische Meinungsbildung in der Schweiz noch eine eher kleine Rolle. Nach wie vor sind klassische Medien wie Fernsehen, Radio und Zeitungen die wichtigsten Informationsquellen. Zudem ist aus der Politikwissenschaft bekannt, dass politische Informationen – egal über welchen Kanal sie vermittelt werden – nie direkt in die Meinungsbildung einfließen. Vielmehr werden sie durch die persönliche Grundeinstellung und das Vorwissen gefiltert. Trotzdem sind soziale Medien eine wichtige Informationsquelle und Bezugspunkt vieler Menschen. Umso wichtiger ist es zu wissen, dass sie keine transparenten, ausgewogenen oder geprüften Informationsgrundlagen sind. Nutzerdaten können kommerziell ausgewertet werden, algorithmisch ausgewählte Inhalte verzerren die Perspektive, und Phänomene wie Fake News oder Verschwörungstheorien finden hier besonders leicht Verbreitung. Problematisch ist zudem der wachsende Einfluss einiger grosser Plattformbetreiber, die von Regulierungsbehörden nur schwer kontrolliert werden können.

Digitale Partizipation

Neue digitale Instrumente wie etwa E-Collection (digitales Unterschriftensammeln) eröffnen niederschwellige Möglichkeiten zur politischen Teilhabe. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass das politische System durch eine Flut von Referenden nicht überlastet wird. Besonders erhofft man sich, mit neuen digitalen Instrumenten die junge Bevölkerung stärker für politische Mitgestaltung zu gewinnen. Erste Ergebnisse zeigen, dass Partizipationsplattformen wie engage.ch tatsächlich viele Jugendliche mobilisieren können. Dennoch betonen die Befragten selbst: Digitale Partizipation ist eine sinnvolle Ergänzung, ersetzt die traditionelle politische Beteiligung aber nicht (D'Anna-Huber, 2021).

Debattieren Sie in der Klasse und stimmen Sie ab!

Soll E-Voting in der Schweiz eingeführt werden, um auch junge Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an die Urne zu locken?

Ja

Nein

3) Politische Bildung

Es ist ernüchternd: Laut dem Generationenbarometer 2025 haben 88% der unter 35-Jährigen das Gefühl, sie könnten politisch oder gesellschaftlich kaum etwas bewirken. Ein ähnlich trübes Bild zeichnet der DSJ Jugend- und Politikmonitor 2023: Jugendliche wissen zwar um die Vorteile der Demokratie und sehen sie als beste Grundlage für ein faires, gerechtes und sicheres Leben. Dennoch haben viele keine klare Meinung zur Demokratie, und eine nicht zu unterschätzende Minderheit steht ihr sogar kritisch gegenüber.

Fachleute sind sich einig: Damit junge Menschen sich für Politik interessieren und lernen, aktiv mitzuwirken, braucht es dringend mehr «Politische Bildung». Doch welche Form ist dafür geeignet? Viele Jugendliche schätzen den Nutzen politischer Bildung als gering ein. Zudem fühlen sich viele weniger gut auf Abstimmungen und Wahlen vorbereitet als frühere Generationen.

«Politische Bildung» muss daher mehr sein als klassische Staatskunde. Sie soll Kinder und Jugendliche befähigen und motivieren, Politik und Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Dafür braucht es Kompetenzen, wie sich eine eigene Meinung bilden zu können und andere auszuhalten, aktives Zuhören, Empathie oder Kompromissbereitschaft. Solche Fähigkeiten lassen sich am besten entwickeln, wenn Politik erlebbar wird. Das gelingt beispielsweise, wenn Partizipation in der Schule aktiv gelebt wird, etwa durch einen Klassenrat (vgl. Themendossier «Partizipation (er)leben!») oder wenn ausserschulische Angebote genutzt

werden, die Demokratie erfahrbar machen und Politik greifbar statt abstrakt erscheinen lassen. Ebenso wichtig ist es, Themen aufzugreifen, die Jugendliche direkt ansprechen, aber in der politischen Agenda oft zu kurz kommen: Rassismus, Diskriminierung, Klimawandel oder psychische Gesundheit.

Debattieren Sie in der Klasse und stimmen Sie ab!

Soll die «Politische Bildung» an Schulen gestärkt werden?

Ja

Nein

4) Reform des Milizsystems

Das Milizsystem ist ein historisch gewachsenes, typisch schweizerisches Prinzip. Es beruht auf der Idee, dass Bürgerinnen und Bürger öffentliche Funktionen ausführen sollen, wie zum Beispiel in der Feuerwehr, als Laienrichter/in, Kommissionsmitglied in der Schule oder in einem Parlament, und dabei ihre Erfahrungen und Fähigkeiten einbringen. Die meisten dieser Ämter sind nur gering entschädigt, getragen vom Grundgedanken, dass Menschen, die neben ihrem Beruf aus Überzeugung Verantwortung übernehmen, unabhängiger entscheiden können. Gleichzeitig soll das Milizsystem verhindern, dass die Kluft zwischen Bevölkerung und Politik zu gross wird.

Dieses Milizsystem steht zunehmend unter Druck. Besonders kleine Gemeinden finden kaum noch genügend Personen, die bereit sind, politische Ämter zu übernehmen. Hinzu kommt, dass sich solche Aufgaben oft nur Menschen leisten können, die über ausreichend Zeit und finanzielle Ressourcen verfügen. Das wirft auch Fragen zur Geschlechtervertretung auf: Lokale Ämter erfordern häufig abendliche Sitzungen, in jener Zeit, während immer noch vorwiegend Frauen mit Betreuungsarbeit der Kinder beschäftigt sind. Deshalb wird diskutiert, ob lokale Politik stärker entschädigt oder teilweise während regulärer Arbeitszeiten stattfinden sollte, damit sie für eine grössere Gruppe zugänglicher wird.

Auch im Bundesparlament zeigt sich ein ähnliches Bild. Viele Parlamentsmitglieder üben neben den Sitzungswochen weiterhin einen Beruf aus. Laut einer Studie der Universität Genf (2017) entspricht die eigentliche Parlamentsarbeit im Durchschnitt einem Halbtagsjob. Hinzu kommen Wahlkämpfe und öffentliche Auftritte, die einer zusätzlichen Belastung von rund 24% im Ständerat und 36% im Nationalrat entsprechen (von Wyl, 2025). Diese Mehrfachbelastung kann nicht nur zu Interessenkonflikten führen, sondern macht Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch stärker abhängig von Lobbyisten, die sie fachlich beraten. Das wirft die Frage auf, wie unabhängig sie ihre politischen Entscheidungen tatsächlich fällen können.

Daniel Kübler, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Zürich und Direktionsvorsitzender des Zentrums für Demokratie Aarau, spricht sich deshalb für eine bessere Entlohnung von Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus. Der Politologe Adrian Vatter fordert zudem bessere Arbeitsbedingungen, etwa durch den Ausbau der parlamentarischen Verwaltungskontrolle mit zusätzlichem Fachpersonal oder durch die Bereitstellung wissenschaftlicher Mitarbeitender für die Ratsmitglieder.

Debattieren Sie in der Klasse und stimmen Sie ab!

Sollen Politikerinnen und Politiker mehr zeitliche, finanzielle oder fachliche Unterstützung erhalten, um ihr Amt bestmöglich ausführen zu können?

Ja

Nein

Auch wenn die politische Schweiz laut Daniel Kübler nicht besonders reformfreudig ist, zeigt dieses Kapitel, in welchen Bereichen künftig angesetzt werden kann, um die Demokratie in der Schweiz zukunftsfähig zu halten. Denn wie es Nationalrätin Nadine Masshardt treffend formuliert: «Unsere Demokratie hat sich in der Geschichte immer weiterentwickelt. Stillstand ist keine Lösung.» (Wehrli, 2025)

Quellen

Albrecht, Philipp et al. (2025): Die Schweizer Drei-Viertel-Demokratie, abgerufen unter: www.republik.ch, Stand: 18.08.2025.

Bieri, Urs et al. (2024): Der Schweiz geht es (noch?) gut! Die globalen Geschehnisse erzeugen eine verstärkte Binnenorientierung und Zukunftsängste, abgerufen unter: www.gfsbern.ch, Stand: 18.08.2025.

Bundesamt für Statistik [BFS] (o.J.): Stimmbeteiligung. Entwicklung der Beteiligung an eidgenössischen Volksabstimmungen auf nationaler und kantonaler Ebene, abgerufen unter: www.bfs.admin.ch, Stand: 18.08.2025.

D'Anna-Huber, Christine (2021): Wenn Digitalisierung und Demokratie aufeinandertreffen. Kurzfassung zum Projekt «Digitalisierung und Demokratie», abgerufen unter: www.dsj.ch, Stand: 04.09.2025.

Vatter, Adrian (2025): Demokratie im Nebel, NZZ vom 03.08.2025.

Spörri, Balz (2024): Politologin im Interview. «Die Einführung des Frauenstimmrechts dauerte länger wegen der direkten Demokratie», Tagesanzeiger vom 15.11.2024, abgerufen unter: www.tagesanzeiger.ch, Stand: 18.08.2025.

Frisch, Lisa; Hermann, Michael; Wenger, Virginia (2025): Generationen-Barometer 2025, abgerufen unter: www.sotomo.ch, Stand: 18.08.2025.

Gmünder, Beatrice (2025): Ein Siebtel bestimmt für das ganze Land – ist das demokratisch?, abgerufen unter: www.swissinfo.ch, Stand: 13.08.2025.

Jans, Cloé et al. (2023): DSJ Jugend- und Politikmonitor 2023, abgerufen unter: www.cockpit.gfsbern.ch, Stand: 18.08.2025.

Kuenzi, Renat; Glatthard, Jonas (2020): Die Schweiz als Ausschlussdemokratie, abgerufen unter: www.swissinfo.ch, Stand: 18.08.2025.

Rindlisbacher, Simon (2025): Viel mehr als Staatskunde, *moneta* (2025/2), S.7-9.

Von Wyl, Benjamin (2025): Wie das Schweizer Milizsystem die Identität stärkt – und Privilegierte in die Politik lockt, abgerufen unter: www.swissinfo.ch, Stand: 03.09.2025.

Wehrli, Katharina (2025): Stillstand ist keine Lösung, *moneta* (2025/2), S.4-6.

Impressum

Herausgeberin: éducation21

Autorin: Tanja Stern, éducation21

Fachlektorat: Prof. Dr. Isabelle Stadelmann-Steffen, Uni Bern

Copyright: éducation21, Bern, 2025

www.education21.ch

